

6. Eine Welt der Grenzen und die verdrängte Frage der globalen Ungerechtigkeit

Die Diskurse über Grenzen und globale Ungerechtigkeit¹ sind sachlich und strukturell aufs Engste miteinander verbunden. Beobachtet man die gegenwärtigen öffentlichen Debatten in der OECD-Welt, könnte man diesen engen Zusammenhang allerdings leicht übersehen. Viel ist dort von Grenzen die Rede, zumeist konzentriert sich die Aufmerksamkeit dabei in jüngerer Zeit angesichts des Zulaufs, den rechtspopulistische Bewegungen erfahren, auf die Sicherung von Grenzen. Der rechtspopulistische Grenzsicherungsdiskurs, der durch die diskursive Verschiebung nach rechts immer dominanter wird, sucht dabei den strukturellen Zusammenhang von Grenzdiskursen und globaler Ungerechtigkeit systematisch auszublenden, ja zu leugnen: Verantwortlich sind demnach Länder für ihre jeweiligen Völker, die als (homogene) nationale Kollektive

-
- 1 Hier und im Folgenden werde ich entgegen der in den Hauptströmungen der Internationalen Politischen Theorie verbreiteten Wendung globale Gerechtigkeit häufig von globaler Ungerechtigkeit sprechen, um damit erstens zeitdiagnostisch zu betonen, dass gegenwärtig eben Ungerechtigkeit und nicht Gerechtigkeit herrscht, und um zweitens theoretisch-konzeptionell vorzuschlagen, Gerechtigkeitstheorie als Ungerechtigkeitsstheorie zu betreiben. Warum nach meinem Dafürhalten eine Theorie der Ungerechtigkeit einer solchen der Gerechtigkeit vorzuziehen ist, wird weiter unten noch deutlich werden (vgl. 6.b). Ansätze zu einer Theorie der Ungerechtigkeit sind in den gerechtigkeitsstheoretischen Debatten der Philosophie des 20. Jahrhunderts und der Gegenwart zwar in der Minderheit, aber durchaus vorhanden: Vgl. Oliver Flügel-Martinsen/Franziska Martinsen, *Ungerechtigkeit*.

imaginiert werden und deren Regierungen deshalb Grenzübertritte strikt limitieren oder wenigstens reglementieren müssen. Migration aus sozio-ökonomischen Motiven wird damit von vornherein delegitimiert. Dass hinter diesen Formen von Arbeits- und Armutsmigration strukturelle Verhältnisse globaler Ungleichheits- und Ausbeutungskonstellationen stehen, soll vergessen gemacht werden. Dieses Leugnungs- und Abwehrrnarrativ kann indes umso leichter Fuß fassen, weil die politische Linke den Zusammenhang in Teilen zwar durchaus sieht, aber im Grunde keine Antwort auf ihn zu bieten hat.

Hegel hat in seiner Rechtsphilosophie schon Anfang des 19. Jahrhunderts festgehalten, dass im Zustand der Gesellschaft »der Mangel sogleich die Form eines Unrechts [gewinnt], was dieser oder jener Klasse angetan wird.«² Folgt man einer Autorin wie Iris Marion Young, dann leben wir schon längst in einem globalen Gesellschaftszustand sozialer Verbundenheit,³ weshalb globale Ungleichheiten, in Analogie zu Hegels Diagnose des Mangels bestimmter Klassen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, eben nicht nur als bedauerliche Unterschiede, sondern als ein Phänomen globaler Ungerechtigkeit verstanden werden müssen. Aber neben der Einschätzung, dass gesellschaftlicher Mangel ein Unrecht bedeutet, findet sich die andere, gegenüber der Möglichkeit des Ausgleichs dieser Ungerechtigkeit skeptische These in Hegels Überlegungen, dass der Reichtum der bürgerlichen Gesellschaften nicht ausreiche, um »dem Übermaß der Armut und der Erzeugung des Pöbels zu steuern.«⁴ Diese zweite These scheint im globalen Maßstab heute eine implizit weitgehend konsensuelle Diagnose zu sein. Jedenfalls durchzieht linke Parteien und Bewegungen derzeit eine tiefe Spannung zwischen jenen, die kosmopolitisch offene Grenzen fordern, und jenen, die davon überzeugt zu sein scheinen, dass ihnen die Anhängerschaft in Scharen Richtung rechts von der

2 G.W.F. Hegel, *Grundlinien*, 390.

3 Young stützt diese These auf die Beobachtung vielfältiger Verflechtungen in der Weltgesellschaft. Vgl. Iris Marion Young, *Verantwortung und globale Gerechtigkeit*.

4 G.W.F. Hegel, *Grundlinien*, 390.

Fahne geht, wenn sich linke Politik nicht auf die Wiederbelebung der nationalstaatlichen Variante eines umverteilenden Wohlfahrtsstaates konzentriert. Ob die nationalstaatliche Perspektive in einer globalisierten Welt überhaupt als linke Option bezeichnet werden kann, muss angesichts der Ausblendungen globaler Ungerechtigkeit, die mit dieser Fixierung auf das nationalstaatliche Format der Redistribution einhergehen, bezweifelt werden.

Klar ist derzeit daher nur, dass der bisherige Konsens von Mitte-Rechts bis Mitte-Links – den freien globalen Markt als *conditio sine qua non* von Politik anzuerkennen und politische Reformen auf ihn einzustellen – den Rechtspopulist*innen in den vergangenen Jahren massiv in die Hände gespielt hat und dass die Linke angesichts der fatalen Alternative zwischen diesem neoliberalen Konsens einerseits und der rechtspopulistischen Losung *fellow citizens first* andererseits in einer Schockstarre verharret. Es wird in diesem abschließenden Kapitel nicht darum gehen, eine politische Programmatik zu entwerfen, die über diese verfahrenre Lage hinausweist. Das ist die Aufgabe politischer Kämpfe und Auseinandersetzungen in der demokratischen Öffentlichkeit. Der Beitrag der Theorie scheint mir demgegenüber zuvorderst in einer kritischen Diagnostik zu bestehen und hier wohl vor allem auch darin, Zusammenhänge ins Licht der Debatte zu rücken, die, wie der oben genannte Nexus zwischen den Diskursen über Grenzen und globale Ungerechtigkeit, nur allzu leicht ausgeblendet werden. Für die Politische Theorie stellt sich dabei vor allem die Frage, wie sie beschaffen sein muss, um sich einer solchen kritisch-diagnostischen Aufgabe in den genannten Feldern einer Welt der Grenzen und der globalen Ungleichheit anzunehmen.

Der derzeit dominante liberale Zugang zu Fragen der Internationalen Politischen Theorie scheint mir jedenfalls ein ungeeignetes Verständnis Politischer Theorie zugrunde zu legen. Deshalb werde ich zunächst am Beispiel des liberal-kosmopolitischen Diskurses über Grenzen zeigen, wie fatal es ist, wenn Fragen der politischen Konstitution von Subjekten und Ordnungen von vornherein ausgeblendet werden (a). In einem zweiten Schritt skizziere ich dann, welche Ansatzpunkte sich für eine Theorieperspektive bieten, die diese *politische* Dimension ernstzunehmen bereit ist und die da-

durch einen wichtigen Beitrag zu einer kritischen Zeitdiagnose zu leisten vermag, werde aber auch herausarbeiten, weshalb die drängenden Fragen globaler Ungerechtigkeit in den öffentlichen Diskursen der OECD-Gegenwartsgesellschaften abgewehrt werden (b).

a. Politisch, nicht moralisch: Zur Kritik des liberalen common sense in der Internationalen Politischen Theorie

Politische Philosophie und Theorie haben sich über einen sehr langen Zeitraum im nationalstaatlichen Container eingerichtet, wodurch insbesondere normative Fragen konzeptionell von vornherein auf nationalstaatlich verfasste Gesellschaften bezogen blieben. Dies hat sich zwar in den letzten Dekaden sukzessive geändert, da die über die engen konzeptionellen Limitationen einer nationalstaatlich verfassten politischen Theorie hinausweisende Perspektive der Internationalen Politischen Theorie zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. In größeren Teilen dieser jüngeren Diskurse nimmt allerdings die nationalstaatliche Perspektive immer noch eine konzeptionell und epistemisch privilegierte Stellung ein. Dies zeigt sich etwa an der Bedeutung, die John Rawls' Überlegungen in den Debatten über globale Gerechtigkeit beigemessen wird, obwohl Rawls' die Theorie der Gerechtigkeit nicht nur wie selbstverständlich am Modell nationalstaatlicher Gesellschaften entwickelt,⁵ sondern auch seine späte Erweiterung der Perspektive auf die Welt jenseits von Nationalstaaten nur als eine deutlich abgespeckte Variante der Gerechtigkeitstheorie und in einem Ableitungsverhältnis von der nationalstaatlichen Sichtweise angelegt hat.⁶

Aber auch dort, wo der Nationalstaat als selbstverständlicher Kontext konzeptioneller Überlegungen der Politischen Theorie verlassen wird, bedeutet das noch keineswegs, dass die soziale Wirklichkeit politischer Machtbeziehungen in den Blick gerät. Wie sich

5 Vgl. John Rawls, *Eine Theorie der Gerechtigkeit*.

6 Vgl. John Rawls, *The Law of Peoples*.

an der gerade in jüngerer Zeit in der normativen politischen Philosophie verstärkt geführten Diskussion über Grenzen besonders deutlich zeigt, wird von diesen Bedingungen geradezu entschieden abstrahiert. Damit werden die realpolitischen Bedingungen einer Welt der Grenzen allerdings unweigerlich aus dem Blick verloren – wir kommen darauf weiter unten gleich zurück. Die politiktheoretische Reflexion scheint insgesamt in den eng miteinander verwobenen Diskursen sowohl über Grenzen als auch über globale Gerechtigkeit derzeit in einer falschen Alternative zwischen partikularistischen und kosmopolitischen Positionen gedanklich gefangen zu sein. Auf der einen Seite halten partikularistische Ansätze am normativen und epistemischen Primat nationalstaatlich verfasster Gemeinschaften fest, indem sie über Fragen der Gerechtigkeit im Ausgangspunkt von Nationalstaaten (oder vergleichbaren besonderen Kollektiven) nachdenken und den nationalstaatlichen Kollektiven auch einen normativen Vorrang geben.⁷ Auf der anderen Seite stehen kosmopolitische Gegenpositionen, die ihr Denken zwar jenseits von Nationalstaaten situieren, dabei aber die im engeren Sinne *politischen* Kontexte der Weltgesellschaft von vornherein ausblenden, indem sie dezidiert nicht darüber nachdenken, wie Gemeinschaften und Subjekte im Spannungsfeld von über mehrere Ebenen hinweg komplex verflochtenen Machtbeziehungen konstituiert werden, sondern als Ausgangspunkt ihrer Reflexion ein von all diesen Zusammenhängen abstrahiertes liberales Subjekt setzen und über dessen moralische Rechte und Pflichten nachsinnen,⁸ die dann umstandslos auf politische Felder übertragen werden.⁹

Diese problematische Tendenz, Fragen der Politischen Theorie von einer moralphilosophischen Perspektive aus zu erkunden und dadurch gerade von den im engeren Sinne *politischen* Dimensionen zu abstrahieren, lässt sich gut an der Diskussion über Grenzen verdeutlichen, die bereits seit Längerem in der angloamerikanischen

7 Vgl. David Miller, *Vernünftige Parteilichkeit gegenüber Landsleuten*.

8 Vgl. Joseph Carens, *Ein Plädoyer für offene Grenzen*.

9 Vgl. zur polemisch zugespitzten Kritik dieses ganzen Paradigmas Politischer Philosophie als angewandter Moralphilosophie: Raymond Geuss, *Kritik der politischen Philosophie*.

Philosophie geführt wird und die angesichts der jüngeren Intensivierungen von Migrations- und Flüchtlingsbewegungen mittlerweile auch im deutschsprachigen Kontext weithin als eines der dringlichen Themen unserer Zeit wahrgenommen wird. Eine ausführliche Ausarbeitung dieser Thematik, an der sich die Probleme einer moralphilosophischen Behandlung politiktheoretischer Fragestellungen gut herausarbeiten lassen, findet sich in Andreas Cassees Studie *Globale Bewegungsfreiheit*.¹⁰ Cassee entscheidet sich, wie schon der Untertitel seiner Studie – *Ein philosophisches Plädoyer für offene Grenzen* – unmissverständlich deutlich macht, für eine Argumentationslinie wider das Geläufige des politischen, aber auch des philosophischen Mainstreams, indem er für offene Grenzen plädiert. Die Standardansicht, so hält Cassee selbst fest,

»geht zweifellos dahin, dass Staaten nicht nur aus Sicht des geltenden Rechts, sondern auch aus moralischer Perspektive dazu berechtigt sind, Einwanderungswilligen die Einreise oder die längerfristige Niederlassung im Staatsgebiet zu untersagen« (21).¹¹

Um diese weitverbreitete Position in Zweifel zu ziehen und pro offene Grenzen zu argumentieren, stützt sich Cassee dann aber rasch auf ein moralphilosophisch begründetes Argument individueller Bewegungsfreiheit, das er letztlich durch eine contra John Rawls gewendete Adaption von Rawls' vertragstheoretischer Argumentation abzusichern sucht. Hier kommt Cassee, kurz gesagt,

10 Ich entwickle die Kritik am liberalen, d.h. eine Konzeption personaler Autonomie vorpolitisch voraussetzenden Kosmopolitismus im Folgenden exemplarisch an Cassees Argumentation, da mir eine exemplarische anstelle einer summarischen Auseinandersetzung besser geeignet scheint, um Probleme und Einwände etwas detaillierter zu diskutieren. Die damit formulierten Einwände lassen sich meines Erachtens ihrer Grundausrichtung nach aber auch auf andere liberal geprägte Annäherungen an die Grenzdiskussion beziehen, wie prominent etwa auf die Position, die Joseph Carens formuliert hat; vgl. Joseph Carens, *Ein Plädoyer für offene Grenzen*.

11 Seitenverweise auf Cassees Untersuchung erfolgen direkt in Klammern im Text.

zu dem Schluss, dass, anders als Rawls es vorschlägt,¹² auch auf globaler Ebene von Individuen und nicht von Staaten auszugehen ist, und dass sich diese in der *original position* auf die Begründung eines Rechts auf Bewegungsfreiheit als eine der Grundfreiheiten verständigen würden.

Cassee hat zweifellos eine gründliche und klug argumentierende moralphilosophische Untersuchung zu einer ausgesprochen wichtigen Frage vorgelegt. Es ist zudem eine starke und in mancherlei Hinsicht augenöffnende Leistung, mit einer großen Beharrlichkeit und Skepsis eingespielte Annahmen sukzessive so eingehend abzuklopfen, dass sie ihre scheinbare Selbstverständlichkeit zunehmend verlieren. Die Frage, die sich aus der Perspektive der Politischen Theorie und Philosophie allerdings unweigerlich stellt, ist, ob hier eigentlich mit der moralphilosophischen Perspektive überhaupt der geeignete Zugang zu dieser Fragestellung gewählt wird. Dies scheint mir aus einer Reihe von Gründen nicht der Fall zu sein. So sehr Cassee also innerhalb der moralphilosophischen Debatte eine inhaltliche Position jenseits der Hauptströmungen bezieht, so sehr folgt er einer fatalen und wesentlich mit Rawls verknüpften, mittlerweile aber weithin verbreiteten Tendenz in der Praktischen Philosophie, Fragen der Politischen Philosophie von der Warte und mit den Mitteln der Moralphilosophie zu bearbeiten.

Es ist bei einem Thema wie dem der nationalstaatlichen Grenzen schon geradezu erstaunlich, dessen konstitutiv politischen Charakter systematisch zu vernachlässigen und Politik als Epiphänomen, ja als bloßes Anwendungsfeld der Moraltheorie zu behandeln. Tatsächlich taucht der politiktheoretische Standpunkt schon in der reflektierenden Exposition der einzunehmenden Untersuchungsperspektive gar nicht als ernsthafter Kandidat auf. Stattdessen ist für Cassee die moraltheoretische Annäherung an diese Frage von vornherein selbstverständlich. Politik scheint einfach auf der gleichen Ebene wie das positive Recht angesiedelt zu werden. Wohl deshalb wechselt Cassee von der Diagnose, dass »Einwanderungsbeschränkungen [...] legal« (15) sind, direkt auf

12 Vgl. John Rawls, *Law of Peoples*.

die Ebene der Moraltheorie und fragt danach, ob »Staaten (beziehungsweise ihre Bürgerinnen) ein *moralisches* Recht [haben], die Zuwanderung auf ihr Territorium zu beschränken« (15).

Diese das ganze Buch tragende Entscheidung, von vornherein auf die Perspektive der Moralphilosophie zu setzen, ist folgenreich für die gesamte Argumentation. Die Untersuchung fragt danach, welche Rechte *moralischen* Subjekten zukommen können und setzt damit Subjekte *vorpolitisch* voraus. Die reichhaltige, von Hegel über Marx und Nietzsche bis zu so unterschiedlichen Autor*innen wie Adorno, Foucault und gegenwärtig Rancière, Butler oder auch Honneth reichende Tradition einer Sozial- und politischen Philosophie, die Normgefüge und Subjekte als sozial und politisch konstituierte Entitäten zu begreifen fordert, wird damit zugunsten einer im Grunde ahistorischen Sicht auf das Normative und die Subjekte beiseitegeschoben. Historisch situiert sind diese Subjekte in der moralphilosophischen Perspektive, die Cassee einnimmt, allein in dem bloß äußerlichen Sinne, dass sie in bestimmten politisch-rechtlichen Kontexten leben, die aber selbst als den autonomen Subjekten bloß äußerliche Gebilde erscheinen müssen, deren Berechtigung von der zeit- und ortlosen Perspektive der Moral aus befragt wird. Auch bei Cassee spiegelt sich das, wie in vielen vergleichbaren Zugängen, in der prominent von Rawls vertretenen Unterscheidung zwischen idealer und nichtidealer Theorie wider, wobei die Grundsatzfragen moralphilosophisch auf der Ebene der idealen Theorie verhandelt werden, während politische Gesichtspunkte erst auf der nichtidealen Ebene und dann nur als Anwendungsfragen in den Blick geraten. Die Rollenverteilung ist dabei klar: Normative Fragen werden moralphilosophisch verstanden, das Politische wird hingegen mit der nichtidealen Ordnung des Faktischen assoziiert. Auf die Idee, dass es eine eigenständige politische Normativität geben könnte, die weder bloß das faktische politisch-rechtliche Normengefüge widerspiegelt noch als einfache Ableitung eines *moral point of view* verstanden werden kann, kann man so gar nicht mehr kommen.

Das ist, wie gesagt, kein besonderer Zug von Cassees Studie. Diese steht vielmehr *pars pro toto* für eine generelle Tendenz in der Gegenwartsphilosophie, Fragen der Politischen Philosophie aus

der Perspektive einer analytischen Moralphilosophie zu reflektieren, die die für die Bearbeitung dieser Themen lebenswichtige Beziehung zu den interpretativen Sozialwissenschaften insofern durchgeschnitten hat, als diese nur noch eine ergänzende, gleichsam realitätsadjustierende Funktion übernehmen. Eine solche Herangehensweise lässt den bereits erwähnten, seit Hegel entgegen Kants moralphilosophischer Abstraktion von gesellschaftlichen Verhältnissen fruchtbar beschrittenen Weg eines soziologisierten Blicks auch auf normative Strukturen und Subjekte, die ebenso wie ihr normatives Selbstverständnis und ihre Ansprüche als gesellschaftlich vermittelt verstanden werden, unbeachtet liegen. Dass Subjekte nicht nur in spezifischen historischen Kontexten leben, sondern in diesen, um es mit Foucaults Begriff zu fassen, subjektiviert, also als Subjekte erst hervorgebracht werden, und dass die normativen Bezüge, in die sie eingelassen sind, keineswegs aus der vordiskursiven Vorstellung autonomer Subjektivität abgeleitet werden können, muss einem solchen moraltheoretischen Zugriff fremd bleiben.¹³

Eine politiktheoretische Perspektive kommt daher in einer auch nur halbwegs umfassenden Berücksichtigung in Cassees Untersuchung erst in Form der Prüfung eines möglichen demokratietheoretischen Einwands gegen die Standardansicht ins Spiel – und auch dort zeigt sich, wie nebensächlich Cassee diese politischen Dimensionen für die Reflexion der normativen Fragestellung zu sein scheinen, denn er kann eher lapidar konstatieren, dass er die demokratietheoretische Frage, »ob mit Blick auf unilaterale Einwanderungsbeschränkungen ein Demokratiedefizit besteht« (208), offen lassen muss, ohne dass er dem irgendeine entscheidende Bedeutung für den weiteren Fortgang seiner Untersuchung beimisst. Aber selbst wenn man die demokratietheoretische Perspektive sogar zum Ausgangspunkt der Überlegungen macht, wie es in dem erklärtermaßen demokratietheoretischen Ansatz, den Arash Abizadeh entwickelt, der Fall ist, bleibt der Vorwurf, dass Politik und Demokratie

13 Eine umfassende Kritik an diesem Typus Politischer Philosophie und eine Rekonstruktion des Alternativpfads entwickle ich in: Oliver Flügel-Martinsen, *Befragungen des Politischen*.

den Überlegungen nur äußerlich sind, triftig, wenn, wie es bei Abizadeh der Fall ist, der eigentliche konzeptuelle und normative Dreh- und Angelpunkt in einer moralphilosophisch begründeten Konzeption personaler Autonomie besteht, die Individuen und ihre Rechte vorpolitisch voraussetzt.¹⁴ Fragen der Konstitution von Subjektpositionen werden dadurch ebenso wie solche der Instituierung oder Transformation politischer Institutionen und Ordnungen entweder auf ein Nebengleis verschoben oder gänzlich ausgeblendet.

Verknüpft man hingegen die Reflexion politikphilosophischer Fragen intern mit einer gesellschaftstheoretischen und zeitdiagnostischen Perspektive, werden diese von Cassee allenfalls nebenher behandelten Fragen entscheidend. Subjekte und normative Ordnungen lassen sich dann nämlich dem Politischen und dem Sozialen nicht mehr vorordnen, sondern es gilt zu reflektieren, wie Subjekte in welchen Kontexten subjektiviert werden und auf welche Weise welche normativen Strukturen dabei eine Rolle spielen bzw. auch, wie diese selbst konstituiert werden. Von dort aus lässt sich selbstverständlich die Frage nach der Grenzziehung stellen, aber sie verwandelt sich dann von einer moraltheoretischen zu einer genuin politischen Frage. Diese kann ganz unterschiedliche Formen annehmen; ich werde mich im Folgenden allerdings auf die Skizze einer Perspektive beschränken, die verdeutlicht, wie die von mir selbst vertretene kritisch-befragende Theorie des Politischen sich an die Grenzproblematik annähern könnte.

In Anlehnung an Rancières Überlegungen zu einer sinnlichen Aufteilung der Welt¹⁵ kann man Grenzen als eine der deutlichsten Sedimentierungen polizeilicher Ordnungen verstehen. Unter einer polizeilichen Ordnung versteht Rancière bekanntlich ein System von Verteilungen, der Rechtfertigung dieser Verteilungen und daraus resultierenden Platzanweisungen verschiedener Gruppen. Polizeiliche Ordnungen, so Rancière weiter, erzeugen Teile ohne Anteil – Gruppen, die nicht in der bestehenden Ordnung und deren Verteilungslogik vorgesehen sind, die keinen Platz auf der

14 Vgl. Arash Abizadeh, *Demokratiethoretische Argumente gegen die staatliche Grenzhöhe*, 100–106.

15 Vgl. Jacques Rancière, *Das Unvernehmen und Le partage du sensible*.

gemeinsamen Bühne erhalten und die daher auch nicht mit-sprechen geschweige denn mitentscheiden dürfen, wie verteilt, aufgeteilt und Plätze zugewiesen werden. Es ist kein Zufall, dass Rancière zeitdiagnostisch hier selbst wiederholt auf Migrant*innen und Flüchtlinge verweist,¹⁶ die vielfach als Illegale (*sans papiers*) in drastischer Weise ein Teil ohne Anteil bleiben.

Auch von dieser Position aus lassen sich Grenzziehungen in Frage stellen – und es ist möglich, dies innerhalb einer politischen Logik zu tun, ohne auf die fragwürdige Präsupposition moralischer Subjekte zurückgreifen zu müssen, die dem Raum des Politischen gleichsam vorgeordnet werden. Die demokratietheoretische Perspektive, die bei Cassee ein Nebenschauplatz bleibt, erlangt dann zentrale Bedeutung – und um sie einzunehmen, sind keine moraltheoretischen Vorannahmen erforderlich. Wenn man unsere Gesellschaften und ihre politischen Ordnungen mit Autor*innen wie Foucault, Lefort, Butler oder eben mit Rancière als kontingente Gebilde erfasst, lassen sich deren Grenzziehungen, wie Rancière es beschreibt, durch Beliebige (*n'importe qui*) kritisch hinterfragen, denn diese Ordnungen und ihre Grenzziehungen besitzen keine sie fundierende Struktur, die sich nicht in Frage stellen ließe. Ganz im Gegenteil wird die Grenzkontestation so zu einer kardinalen politischen Operation.

Eine solche Perspektive ist im Unterschied zur moraltheoretischen Annäherung an die Grenzziehungsfrage gesellschaftstheoretisch zurückgebunden und sie ist vor allem nicht auf eine vorpolitische normative Kategorie wie die eines mit Freiheitsrechten ausgestatteten autonomen Moralsubjekts angewiesen. Sie ist also, wie ich meine, zugleich sparsamer in ihren normativen Voraussetzungen und reichhaltiger in ihrer politisch-sozialen Verortung. Unabhängig davon, ob man genau diese Perspektive teilt, lässt sich so jedenfalls unterstreichen, dass eine politiktheoretische Annäherung an die Grenzproblematik die Fragerichtung nachhaltig verschiebt: Der moraltheoretische Standpunkt wird so Teil einer normativen Ordnung, die selbst kontingent ist. Nimmt man das auch nur halbwegs ernst, müsste reflektiert werden, was daraus folgt, dass auf

16 Vgl. bspw. Jacques Rancière, *Wer ist das Subjekt der Menschenrechte?*

keinen unabhängigen normativen Standpunkt vorpolitischer, autonomer Subjekte rekurriert werden kann und wie sich dann normative Fragen dennoch politisch verhandeln lassen. Die Perspektive, die ich damit gegen die moralphilosophische Behandlung dieser Problematik angedeutet habe, würde die Kontestation von Grenzziehungen als eine Operation der demokratischen Infragestellung bestehender Ordnungen verstehen. Diese bezieht ihre genuin politische normative Kraft schlicht aus dem Aufweis der Kontingenz dieser Ordnungen und ihrer internen wie externen Grenzziehungen. Denn Ordnungen haften, so betrachtet, stets etwas Willkürliches an, das sie für politische Kontestationen öffnet. Eine moralphilosophische Perspektive auf diese Fragen – mag sie auch, wie im Falle Cassees, noch so gut gemeint sein – verstellt von vornherein den Blick auf diese politisch-sozialen Zusammenhänge, indem sie diese zu bloßen Epiphänomenen werden lässt. Damit aber verliert die theoretische Reflexion, worauf Geuss in *Kritik der politischen Philosophie*, einer fulminanten Polemik gegen die moralphilosophische Verkürzung der Politischen Philosophie, mit großem Nachdruck hinweist, die Machtfrage, der entscheidende Bedeutung auch für das Verständnis normativer Fragen zukommt, letztlich aus dem Blick.¹⁷ Kurz: *Politische* Grenzen müssen daher als eine *politische* Frage behandelt werden.

b. Ein Plädoyer für befragende Kritik und Zeitdiagnostik in der Internationalen Politischen Theorie

Für eine politische Theorie, die eine kritische Zeitdiagnose als eine ihrer vordringlichen Aufgaben versteht, ist es wichtig, ja unabdingbar, dass Grenzen und globale Ungerechtigkeit anders diskutiert werden als es in den von sozialen und politischen Kontexten und damit von konstitutiven Machtverhältnissen abstrahierenden Debatten der liberal geprägten normativen politischen Philosophie der

17 Vgl. Raymond Geuss, *Kritik der politischen Philosophie*.